

PUMA

**Plattform für Umfragen,
Methoden und empirische Analysen (PUMA)**

PUMA Survey V.1

Ergebnisberichte der einzelnen PUMA-Befragungsmodule

September 2018

Plattform für Umfragen, Methoden und empirische Analysen
(PUMA)

Rathausstraße 19/1/9
1010 Wien

www.puma-plattform.at

VORWORT

PUMA, die **Plattform für Umfragen, Methoden und empirische Analysen** ist ein Kooperationsprojekt, das vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) im Rahmen der Hochschulraumstrukturmittel 2013 gefördert wird.

PUMA schreibt in regelmäßigen Abständen die Förderung sozialwissenschaftlicher Umfragemodule aus, aus denen nach einem externen anonymen Begutachtungsverfahren die besten Einreichungen ausgewählt werden.

Im folgenden Bericht finden Sie die zentralen Ergebnisse des PUMA Survey V.1. Die Datensätze können bei der Projektkoordination (katharina.goetsch@univie.ac.at) für wissenschaftliche Zwecke kostenfrei angefragt werden. In Zukunft werden sie über das Austrian Social Science Data Archive (AUSSDA) verfügbar sein.

Der vorliegende Bericht ist mit folgender Referenzierung zu nutzen:

PUMA (2018). PUMA Survey V.1. Modulberichte. Einblicke in Österreichs gesellschaftlichen Wandel, durchgeführt von Statistik Austria, Wien.

Die PUMA-Projektleiterin

Univ.-Prof. Dr. Sylvia Kritzinger

Informationen zum Projekt PUMA:

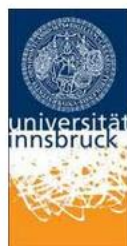
Name: Plattform für Umfragen, Methoden und empirische Analysen (PUMA)

Laufzeit: 2014-2018

Leitung: Universität Wien, Univ.-Prof. Dr. Sylvia Kritzinger

Projektkoordination: Mag. Dr. Katharina Götsch

Partnerorganisationen:



Assoziierte Organisationen:



Fördergeber:



Informationen zur Befragung

Allgemeines

Der PUMA Survey V.1 besteht aus insgesamt drei einzelnen Modulen, die gemeinsam in einer Umfrage eingesetzt wurden. Die Module wurden über eine öffentliche Ausschreibung von PUMA eingereicht und einem externen anonymen Begutachtungsverfahren unterzogen.

Die Befragung wurde von PUMA (unter der Leitung der Universität Wien) beauftragt und von *Statistik Austria* durchgeführt. Die Finanzierung der PUMA Surveys sowie des PUMA-Projekts erfolgt durch das BMBWF im Rahmen der Hochschulraumstrukturmittel 2013.

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Die RespondentInnen wurden mehrfach kontaktiert und erhielten Incentives in verschiedener Höhe und Form (experimentell variiert).

Die Umfrage fand in deutscher Sprache statt. Einige der folgenden Teilberichte sind in englischer Sprache verfasst, da die Teams teilweise multilingual zusammengesetzt sind.

Es handelte sich um eine Querschnittsbefragung.

Stichprobe

Die repräsentative Zufallsstichprobe wurde über das Zentrale Melderegister (ZMR) gezogen. Grundlage ist die Wohnbevölkerung in Österreich zwischen 16 und 74 Jahren.

Die Nettostichprobe besteht aus 625 ausgefüllten Fragebogen. Kontaktiert wurden 1.500 Personen brutto.

Erhebungszeitraum

Start: 25.5.2018 (Versand der Vorankündigung)

Ende: 30.6.2018

Principal Investigators

Die Namen der jeweiligen ModulurheberInnen finden Sie in den entsprechenden Abschnitten dieses Dokuments.

Fragebogen, Codebook und **Feldbericht** finden Sie auf der PUMA-Website unter: <https://www.puma-plattform.at/puma-umfragen/>

Inhaltsverzeichnis: Überblick über die Module

1. Sexismus und Rechtfertigung ungleicher politischer Repräsentation	5
2. Political Gender Stereotypes in Austria: Existence, Sources and Consequences for Preferential Votes	11
3. Values dilemma or democratic compromise? The case of welfare entitlements for native citizens and immigrants.....	16

1. Sexismus und Rechtfertigung ungleicher politischer Repräsentation

Julian Aichholzer (Institut für Staatswissenschaft, Universität Wien)

Martina Zandonella (SORA – Institute for Social Research and Consulting, Wien)

Kontakt: julian.aichholzer@univie.ac.at

Schlagwörter: Sexismus, deskriptive Repräsentation, Demokratie, Demand-Side Erklärung

Forschungsinteresse und Zielsetzung

Frauen sind in politischen Ämtern, auch in Österreich, immer noch unterrepräsentiert.¹ Normative Ansätze der Demokratietheorie etwa fordern jedoch eine weitgehende „deskriptive“ Repräsentation ein, d.h. die möglichst nahe Abbildung des Elektorats durch seine Repräsentantinnen und Repräsentanten. Ein weiteres Argument ist, dass ein höherer Frauenanteil (Anpassung der deskriptiven Repräsentation) die „substantielle“ Repräsentation, d.h. Politik-Outputs zu Gunsten spezifischer Interessen und Bedürfnisse von Frauen, stärken könnte (vgl. Wängnerud, 2009).

Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist der Versuch der Erklärung der genannten Geschlechterungleichheit im österreichischen Parlament durch Einstellungen in der Bevölkerung, d.h. Demand-Side-Faktoren. Im Folgenden sprechen wir von einem „politischen Sexismus“ in Hinblick auf die politische Repräsentation durch Frauen, d.h. „kategoriegestützte Kognitionen (Stereotype), Affekte (Vorurteile) und Verhaltensweisen (Diskriminierung) ...“, die auf einen ungleichen sozialen Status von Frauen und Männern hinwirken“ (Eckes, 2008, S. 176), der sich u.a. in mangelnder Repräsentation in politischen Funktionen äußert.

Die Studie hat das Ziel, mittels der repräsentativen PUMA-Befragung (1.) diese Art des Sexismus in der öffentlichen Meinung abzubilden; (2.) sollen die möglichen Modi der Repräsentation – konkret im österreichischen Parlament – untersucht werden. Wir beschreiben diese als: a.) Akzeptanz der bestehenden Ungleichverteilung (d.h. Status-Quo), b.) Wunsch nach Gender-Parität (exakte Gleichverteilung) oder c.) ein meritokratisches bzw. Leistungsargument, d.h. Repräsentation sollte sich nach Fähigkeiten richten.

Die Studie soll dazu beitragen, jene Faktoren zu verstehen, die eine demokratische Repräsentation von Frauen auf Seiten der Bevölkerung behindern. Darüber hinaus können die Ergebnisse praktische Implikationen für Sensibilisierungskampagnen zum Thema Sexismus haben.

Theoretische und methodische Überlegungen

Bislang ist überraschend wenig über die offen geäußerte Präferenz für Männer oder Frauen in politischen Ämtern bekannt. Viele Studien stützen sich auf die „role congruity“ Theorie (Eagly & Karau, 2002), die Vorurteile gegenüber Frauen in der Politik aus einer Inkongruenz zwischen stereotypen

¹ Mit Stand August 2018 waren im österreichischen Parlament 36% Frauen. Url:

https://www.parlament.gv.at/SERV/STAT/PERSSTAT/FRAUENANTEIL/frauenanteil_NR.shtml

Im Jänner 2018 bestand die Gesamtbevölkerung in Österreich zu rund 51% aus Frauen, die wahlberechtigte Bevölkerung zu 52%. Url: <http://statcube.at/statistik.at/ext/statcube/jsf/jsf/login.xhtml>

Frauen- und Führungsrollen zu erklären versucht (z.B. Dolan, 2010; Huddy & Terkildsen, 1993). Ein anderer Zugang sind generelle Prädiktoren von traditionell-sexistischen Rollenvorstellungen. Dazu zählen etwa Unterschiede in formaler Bildung und insbesondere antiegalitäre Werthaltungen (z.B. Mays, 2012) bzw. Soziale Dominanzorientierung (SDO), die ausdrückt, inwieweit gruppenbezogene Ungleichheiten befürwortet bzw. gesellschaftliche Hierarchien unterstützt werden (Pratto et al., 1994).

Der PUMA-Survey eignet sich zu Untersuchung des Themas einerseits auf Grund der Repräsentativität und, andererseits, aufgrund des CAWI-Modus, der Probleme der sozialen Erwünschtheit in direkten Frageformaten zur Messung von Sexismus mildern sollte. Alle Antwortkategorien wurden zusätzlich randomisiert präsentiert, um Reihenfolgeeffekte bei Fragen zu Männern vs. Frauen zu vermeiden. Ein Split-Ballot im Sample (A/B) sollte zudem Unterschiede in der Frageformulierung zum Männer-Frauen-Anteil im österreichischen Parlament ausgleichen:

- A. „Der Anteil an Männern im österreichischen Parlament sollte...“
- B. „Der Anteil an Frauen im österreichischen Parlament sollte...“

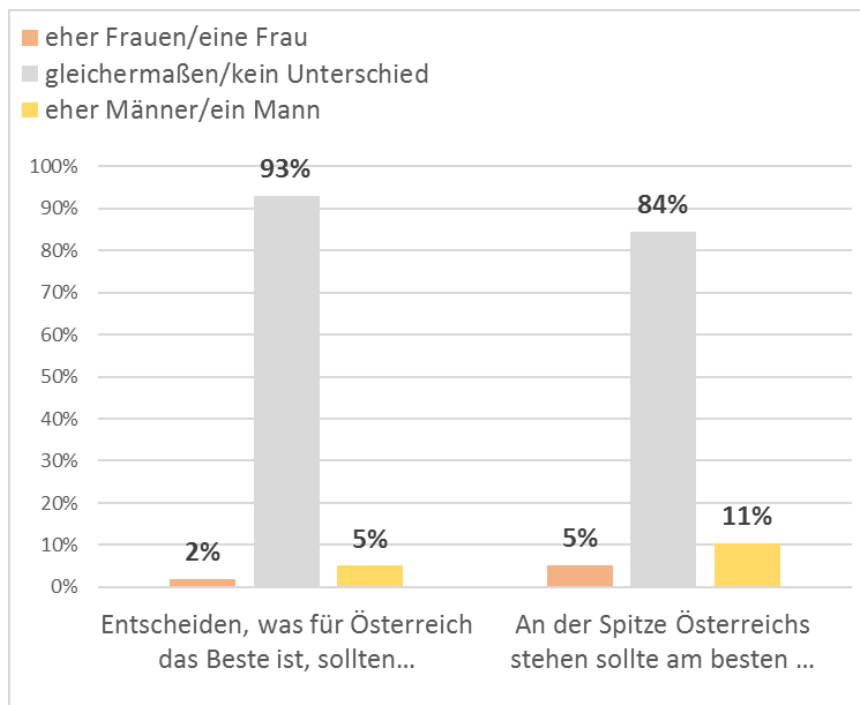
Als Antwortoptionen wurden vorgelegt: 1 = „so bleiben wie er ist (d.h. [A.] mehr Männer/[B.] weniger Frauen“; 2 = „sich ausschließlich nach den Fähigkeiten richten“, 3 = „genau die Hälfte ausmachen“. Die Fragevariation erzeugte keinen signifikanten Unterschied in der Antwortverteilung ($p = .43$) und wurde für die folgenden Analysen zusammengefasst.

Ausgewählte Ergebnisse

Die folgenden Ergebnisse zeigen Präferenzen politischer Repräsentation, insbesondere offenen Sexismus und Präferenzen zum Männer-Frauen-Anteil im österreichischen Parlament.

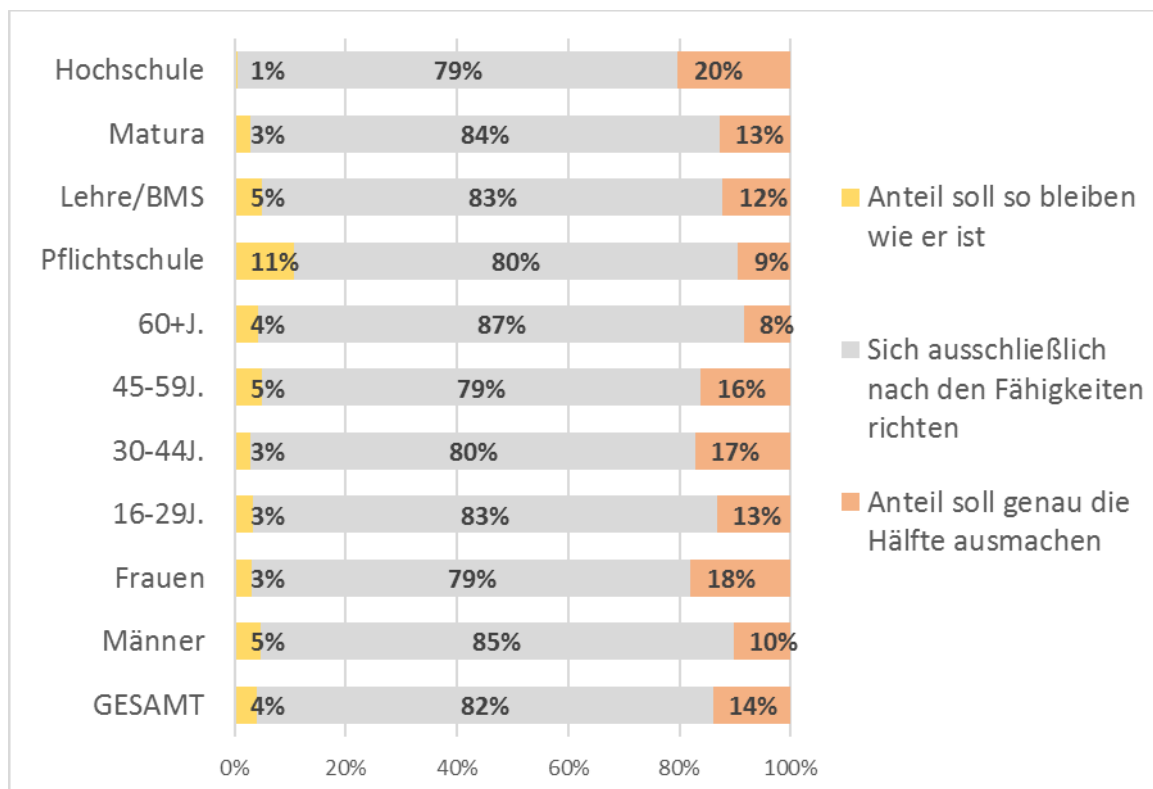
Immerhin 5% der Befragten meinten, dass Männer entscheiden sollten, was für Österreich das Beste ist (vs. 2% „Frauen sollten entscheiden“) und 11% der Befragten unterstützten offen die Aussage, dass ein Mann an der Spitze Österreichs stehen sollte (vs. 5% „eine Frau sollte an der Spitze stehen“; s. Abb. 1).

Abbildung 1: Allgemeine Präferenzen zur Repräsentation (gewichtet, n = 622-626)



In Bezug auf Präferenzen zum Männer-Frauen-Anteil im österreichischen Parlament unterstützte der überwiegende Großteil der Befragten (82%) das meritokratische Argument, wonach Fähigkeiten/Leistung über eine politische Funktion entscheiden sollen, wohingegen 14% eine exakte Gleichverteilung (Gender-Parität) unterstützten (s. Abb. 2) und nur 4% eine Beibehaltung der Ungleichverteilung. Erwartungsgemäß unterstützen Frauen eher eine verpflichtende Gleichverteilung (18% vs. 10%; $p < .05$) bzw. seltener ein meritokratisches Argument (79% vs. 85%; $p < .05$). Außerdem wächst die Unterstützung der Gender-Parität im Parlament mit höherer formaler Bildung bzw. nimmt die Akzeptanz des Status-Quo ab. Speziell unter der Generation 60+ Jahre bekam die Gleichstellung die geringste Zustimmung, hingegen vermehrt das meritokratische Argument.

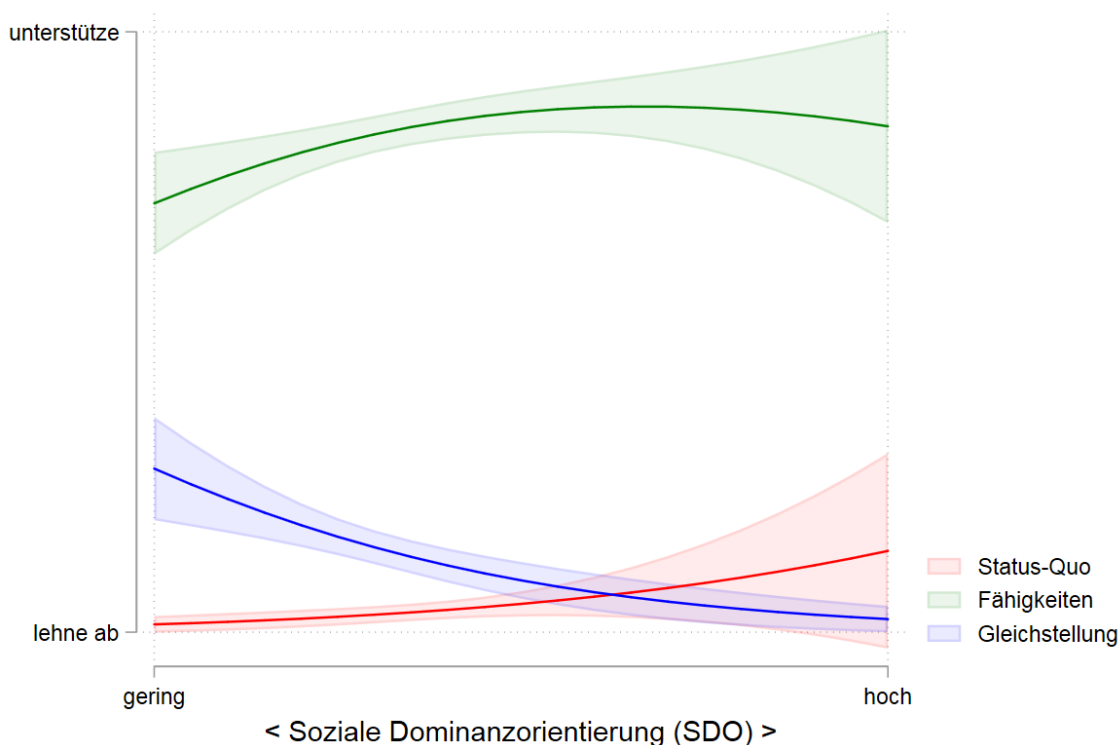
Abbildung 2: Präferenzen zum Männer-Frauen-Anteil im österreichischen Parlament nach soziodemografischen Merkmalen (gewichtet, n = 629-631)



Zuletzt wurden ideologische Einstellungen untersucht, die als Soziale Dominanzorientierung (SDO; Pratto et al., 1994) beschrieben werden (s.o.). Der Index zur Messung dieser Einstellungen setzte sich aus der Zustimmung zu/Ablehnung von vier Aussagen auf einer 5-stufigen Antwortskala zusammen (Reliabilität $\bar{\alpha} = .61$): „Jede Gesellschaft braucht Gruppen, die oben sind und andere, die unten sind“, „Die soziale Ungleichheit in Österreich ist zu groß“ [neg.], „Der Versuch, alle sozialen Gruppen gleich zu machen, ist ungerecht“, und „Gleiche Chancen für alle sozialen Gruppen muss oberstes Ziel sein“ [neg.].

Wie in der Grafik unten ersichtlich (s. Abb. 3), wiesen die wenigen Personen, die den „Status-Quo“ einer Ungleichverteilung im Parlament unterstützen, sehr hohe SDO-Werte auf. Hingegen ist die SDO unter jenen, die „Gleichstellung“ (gleichen Anteil an Frauen und Männern) bevorzugen, gering ausgeprägt. Auffallend ist jedoch, dass auch die Zustimmung zum meritokratischen Argument der Repräsentation mit steigender SDO größer wird. Zum Teil spiegelt der Wunsch, dass Fähigkeiten/Leistung über politische Funktionen entscheiden sollen, eine allgemein größere Soziale Dominanzorientierung gegenüber gesellschaftlichen Gruppen wieder.

Abbildung 3: Präferenzen zum Männer-Frauen-Anteil im österreichischen Parlament nach Sozialer Dominanzorientierung (n = 625)



(Anm.: Geschätzte Wahrscheinlichkeiten der Unterstützung aus Multinomial-Logit-Regressionsmodell mit 95%-Konfidenzintervall. Kontrollvariablen: Alter, Bildung und Geschlecht)

Zusammenfassend vertritt die überwiegende Mehrzahl der Befragten die Ansicht, dass politische Entscheidungen von Frauen und Männern gleichermaßen getroffen werden sollten. Dennoch denkt jede/r Zehnte, dass an Österreichs Spitze jedenfalls ein Mann stehen sollte. In Bezug auf den Anteil von Frauen und Männern im Parlament steht das meritokratische Element im Vordergrund: Fähigkeiten bzw. Leistung sollen darüber entscheiden, ob ein Mensch Abgeordnete/r wird. Die Ergebnisse zeigen jedoch, dass Meritokratie (in diesem Zusammenhang) nicht geschlechtsneutral ist: Hinter der Forderung nach Fähigkeiten bzw. Leistung steht der Tendenz nach ein höheres Ausmaß an Sozialer Dominanzorientierung und damit ein Einstellungsmuster, das gesellschaftliche Gruppen als nicht gleichwertig betrachtet bzw. Hierarchien zwischen unterschiedlichen Gruppen befürwortet.

Referenzen

- Eckes, T. (2008). Geschlechterstereotype: Von Rollen, Identitäten und Vorurteilen. In Becker R., & Kortendiek B. (Hg.) *Handbuch Frauen-und Geschlechterforschung* (S.171-182). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Dolan, K. (2010). The impact of gender stereotyped evaluations on support for women candidates. *Political Behavior*, 32(1), 69-88.
- Eagly, A. H., & Karau, S. J. (2002). Role congruity theory of prejudice toward female leaders. *Psychological Review*, 109(3), 573-598.
- Huddy, L., & Terkildsen, N. (1993). The consequences of gender stereotypes for women candidates at different levels and types of office. *Political Research Quarterly*, 46(3), 503-525.
- Mays, A. (2012). Determinanten traditionell-sexistischer Einstellungen in Deutschland – eine Analyse mit ALLBUS-Daten. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 64(2), 277-302.
- Pratto, F., Sidanius, J., Stallworth, L. M., & Malle, B. F. (1994). Social dominance orientation: A personality variable predicting social and political attitudes. *Journal of Personality and Social Psychology*, 67(4), 741-763.
- Wängnerud, L. (2009). Women in parliaments: Descriptive and substantive representation. *Annual Review of Political Science*, 12, 51-69.

2. Political Gender Stereotypes in Austria: Existence, Sources and Consequences for Preferential Votes

Zoe Lefkofridi, Universität Salzburg, zoe.lefkofridi@sbg.ac.at (contact)

Nathalie Giger, Université de Genève, nathalie.giger@unige.ch

Anne Maria Holli, University of Helsinki, anne.holli@helsinki.fi

Keywords: Gender, stereotypes, candidate evaluation, preferential voting

Abstract

Stereotyped views of female politicians constitute one reason for the sluggish advancement of women's political representation in many countries. Austria is a very interesting case with regard to gender equality because it exhibits one of the highest gender pay gaps in Europe, combined with strong horizontal and vertical segregation in occupation; crucially, Austria does not score high on female parliamentary representation comparatively. These facts beg the following questions: *Do political gender stereotypes exist in Austria today? Who is most likely to hold political gender stereotypes? How do stereotypes affect candidate evaluation? To what extent do they matter for Austrian citizens' political behaviour?* In pursuit of these research questions, a module that allows studying the role of gender stereotypes in Austrian politics was fielded by PUMA in June 2018. This novel data enables a pioneering analysis of: the extent to which Austrian citizens' perceptions of political candidates are structured by gender stereotypes; the sources of gender stereotypes as well as their effects on political behaviour.

Research interest and Objectives

A plausible explanation for the slow women's advancement in democratic politics despite *de jure* equality lies with citizens' political gender stereotypes (e.g. Huddy and Terkildsen 1993). Gender stereotypes are pre-existing, implicit, non-conscious assumptions about differences between men and women, which affect our expectations concerning them, our evaluations of their work and their professional performance (Valian 1999). They are rooted in historically socialized roles of men and women (Fox and Oxley 2003). In politics, gender stereotyping concerns the act of ascribing to male and female politicians certain characteristics in terms of character traits or competence areas because of their gender. As a result, some characteristics or areas of expertise are considered to be "masculine", whereas others are regarded as "feminine". As politics is more associated with "masculine" traits and "masculine" areas of competence are seen as more relevant in politics, political gender stereotypes potentially hinder gender equal representation. Although the existence of gender stereotypes is well established in the US context (e.g. Dolan 2014), knowledge about their presence in other countries is minimal².

² Exceptions are Finland and Switzerland, where our research team has fielded similar modules (e.g. Lefkofridi et al. 2018).

To advance understanding of political gender stereotypes, this module of the PUMA survey inquired three interrelated topics:

- 1. (How) do gender stereotypes affect candidate *evaluation*? (existence of stereotypes in Austria)**
- 2. Who is most likely to hold political gender stereotypes? (sources of stereotypes)**
- 3. Do political gender stereotypes play a role in voters' selection among candidates? (consequences of stereotypes)**

Theoretical framework and Hypotheses

Our first aim is to generate knowledge about the existence of political gender stereotypes in the Austrian population. The trait and issue competence stereotypes manifested in the US, Finland and Switzerland are very likely to exist also in Austria, which, compared to other European countries stands out for one the highest gender pay gaps in Europe combined with strong horizontal and vertical segregation in occupation (European Commission 2012). Occupational segregation and inequality in remuneration are rooted in stereotypical beliefs about the value of women's work. In this regard, it has been specifically argued that the dominant frame of the Austrian meaning of gender, which focuses on "sex difference", is rooted in longstanding notions of family, and stereotypical attitudes towards women's capabilities and behavior (Gresch and Sauer 2015). This leads us to expect stereotypical views of men and women in present-day Austrian politics regarding their issue competence and/or their character traits.

Our second objective is to delve deeper into the sources of stereotyped views: only by learning more about their mechanisms, can we find ways to fight against such stereotyped views. Combined with other standard modules that are included in the PUMA survey (e.g. interest in politics, left-right ideology, socio-demographics) this module allows exploring the individual-level conditions under which stereotypes are most likely to prevail. For instance, Matland's (1994) experimental study of Norway revealed that the effect of gender bias differs according to the respondent's political persuasion; accordingly, we expect right wing Austrian citizens to be more likely to hold political gender stereotypes compared to citizens with left-wing ideology.

Our third goal is to examine the potential consequences of political gender stereotypes on electoral decision-making. The general expectation is that voters' gender bias affects their candidate selection; however, research about whether this is the case remains inconclusive (e.g. Dolan 2014, Koch 2000): while in hypothetical (experimental) settings the effects of gender stereotypes on selection are very clear and strong, gender stereotypes appear to matter little in actual elections – where other factors (e.g. candidate incumbency) are also at play. In Austria, since all parties supply female candidates, voters can vote for a woman without having to vote for "the other side" as in two-party systems (see also Lefkofridi et al. 2018). Most crucially, Austria envisages (optional) preferential voting ---in contrast to closed lists used in many European countries, which are by nature incompatible with the study of gender stereotypes on voters' candidate selection. We expect Austrians' engagement in preferential voting to be related to political gender-stereotypes: for instance, those holding strong stereotypes *against* women are less likely to cast preferential votes for women.

Selected Results

In Table 1 displays selected findings about the existence of political gender stereotypes in Austria with regard to: issue competence in five policy areas (first half of Table 1) and character traits (second half of Table 1).

Table 1: Competence and trait gender stereotypes (percentages per category)

	Men (%)	Equally Good (%)	Women (%)
'Issue Competence' Stereotypes			
Defence	53.41	43.58	3.01
Economy	20.00	71.11	8.89
Social Policy	1.90	55.71	42.38
Migration Policy	18.86	67.83	13.31
Equality Policy	4.29	59.3	36.41
'Personality Trait' Stereotypes			
	Men (%)	Both (%)	Women (%)
Determined	42.16	52.30	5.55
Compassionate	0.95	38.73	60.32
Consensus-building	9.37	62.70	27.94
Ambitious	10.14	71.32	18.54

First, respondents were asked about whether a parliamentarian of a specific gender, man or woman, would be more competent in dealing with the specific policy area; or whether both men and women would be equally qualified. While in most cases a majority (or even a vast majority) of respondents answered that both men and women would be equally good, gendered patterns are clearly visible: Defense is clearly perceived as masculine area (53%), while social and equality policy are perceived as feminine ones (those favouring a woman amount to 42% and 36% respectively).

Second, respondents were asked to indicate whether specific character traits apply to men, women or both genders in politics. We expected certain traits to be perceived as predominantly linked to women in politics while others to be more associated with men in politics. For some traits, respondents' perceptions seem to follow gender stereotypical lines: while determination is clearly perceived as male trait, compassion is perceived as predominantly female trait. For consensus-building and ambition, however, the findings are mixed; interestingly the Austrian results about ambition differ from most US studies³. Overall, however, the findings are in line with our hypothesis that political gender stereotypes exist in Austrian politics.

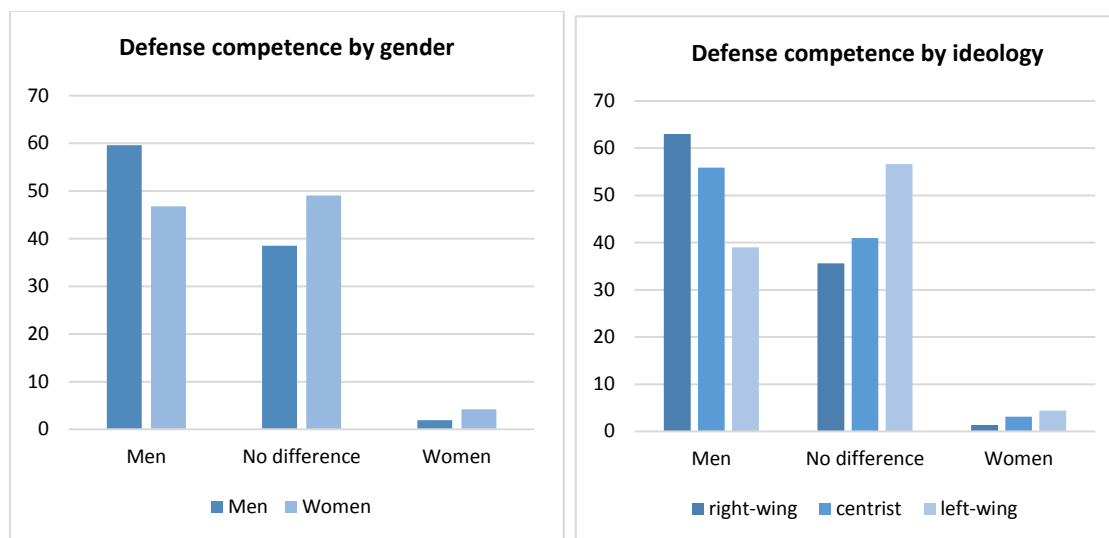
Furthermore, we are interested in the sources of stereotypes. Here we report differences according to gender and ideology⁴. Graph 1 displays the example of defense policy stereotypes. We see that men and right-wing individuals are more likely to prefer a man for dealing with defense policy⁵. This can be interpreted as first sign that stereotypes are related to more general political values such as the left-

³ While PUMA respondents see women in politics as more ambitious than men, female respondents in particular tend to see themselves as *less* ambitious than male respondents: asked about whether they are themselves ambitious, female PUMA respondents tend to choose the middle categories more frequently than male ones (based on P5S1M208_A1).

⁴ This analyses is based on question P5S1M301. The categories are 0-3 "right-wing", 4-6 "centrist", 7-10 "left-wing".

⁵ The PUMA data reveal the reverse pattern for equality policy (results not shown here).

right ideology and that they are different for women and men. In sum, this is a promising starting point for a more in-depth inquiry about the sources of gender stereotypes in politics.



Graph 1 Perceptions of Men's and Women's Competence in Defense

Finally, do gender stereotypes impact electoral behaviour? Although the module asked detailed questions about preferential voting in Austria, it proved difficult to clearly link preferential votes to stereotypes due to the small number of observations related to a preferential vote and the overall complexity of the system (elections at three tiers). Nevertheless, according to our data, women seem to be disadvantaged, as only 23% of all respondents having casted a preferential vote indicated that this was in support of a female candidate.

References

- Dolan, Kathleen A. (2014). *When does gender matter?: Women candidates and gender stereotypes in American elections*: Oxford University Press, USA.
- Fox, Richard L, and Zoe M Oxley (2003) *Gender Stereotyping in State Executive Elections: Candidate Selection and Success*. *Journal of Politics* 65: 833-50.
- Gresch, Nora, and Birgit Sauer (2015) *Topographies of gender democracy in Austria*. In: Yvonne Galligan (Ed.) *States of Democracy. Gender and politics in the European Union*: 33-49. Routledge: London and New York.
- Huddy, Leonie, and Nayda Terkildsen (1993) *Gender Stereotypes and the Perception of Male and Female Candidates*. *American Journal of Political Science*: 119-47.
- Koch, Jeffrey W (2000) *Do Citizens Apply Gender Stereotypes to Infer Candidates' Ideological Orientations?* *Journal of Politics* 62: 414-29.
- Lefkofridi, Zoe, Giger Nathalie and Anne Maria Holli (2018). *When All Parties Nominate Women: The Role of Political Gender Stereotypes in Voters' Choices*. *Politics & Gender*, in press.
- Matland, Richard E. (1994) *Putting Scandinavian Equality to the Test: An Experimental Evaluation of Gender Stereotyping of Political Candidates in a Sample of Norwegian Voters*. *British Journal of Political Science* 24: 273-92.

Sanbonmatsu, Kira (2002) Gender Stereotypes and Vote Choice. *American Journal of Political Science*: 20-34.

Valian, Virginia (1999) *Why So Slow?: The Advancement of Women*: MIT press.

3. Values dilemma or democratic compromise? The case of welfare entitlements for native citizens and immigrants

Carolina Plescia

Email: carolina.plescia@univie.ac.at

Department of Government, University of Vienna

Keywords: chauvinism; welfare attitudes; morality; compromise; welfare programmes

Abstract

The data collection carried out within PUMA had the aim to investigate citizens' *support of* and *willingness to compromise on* specific welfare programmes. This project advances and tests a novel theoretical argument that links citizens' moral attitudes to the justice principle that underpins welfare programmes and examine the extent to which moral attitudes moderate citizens' *support of* and *willingness to compromise on welfare entitlements for native citizens and immigrants*. Due to space concerns, this report discusses only the findings related to support for welfare programmes while findings related to compromise are available from the author upon request.

Theoretical and methodological framework

In recent years, societal transformations leading to increasingly heterogeneous populations and economic transformations with consequent attempts of welfare state retrenchment have led to new societal questions, including who should be the target of welfare benefits and whether welfare rights naturally extend to immigrants (Reeskens & van Oorschot 2012).

The existing literature generally links public opinion stances on welfare entitlements for non-natives to three principles: *economic self-interest*, *in-outgroup conflict* and *deservedness*. A group of studies, focused on the characteristics of the native population, emphasizes that both economic scarcity and cultural concerns play a role (Mewes & Mau 2012). Another group focuses on the features of the beneficiaries of welfare rights (Hainmueller et al. 2014) finding also that a large proportion of Europeans seem to favour granting immigrants social welfare rights, but only after they have made significant tax contributions (van der Waal et al. 2013).

Existing work on this topic has been hampered by two main limitations. First, previous research examining public opinion about welfare programmes fails to clarify the theoretical underpinnings of certain findings. So for instance, why do certain native citizens value beneficiaries' deservedness? Second, by analysing welfare programmes separately, the literature overlooks the essential differentiation among them which is likely to have strong impact on citizen attitudes. To sum up, we are currently struggling to find out *who* (among the citizens) prefer *what* (among programmes) and *why*.

Against this background, this study has two main aims. First, the project investigates what the native population wants by examining simultaneously support for three welfare programmes that vary in terms of redistributive justice principles. Second, the project aims to examine who supports and why

welfare programmes - by broadening the scope of study to values associated with morally convicted attitudes.

To test our hypotheses, I employ an original vignette experiments and apply it to three specific welfare programmes: child benefits (Austrian *Familienbeihilfe*), unemployment subsidies (Austrian *Arbeitslosengeld*) and social assistance (Austrian *Mindestsicherung*). Each respondent is asked a question on support and then one on compromise on each of these programmes. In addition, the vignettes vary the beneficiaries of welfare programmes being those native citizens or immigrants to allow testing whether or not support depends on the ethnic origin of welfare beneficiaries. Moral attitudes of respondents are measured using the Moral Foundations Theory (MFT, Haidt & Graham 2007), which delineates six foundations: Care, Fairness, Ingroup, Authority, Purity and Liberty.

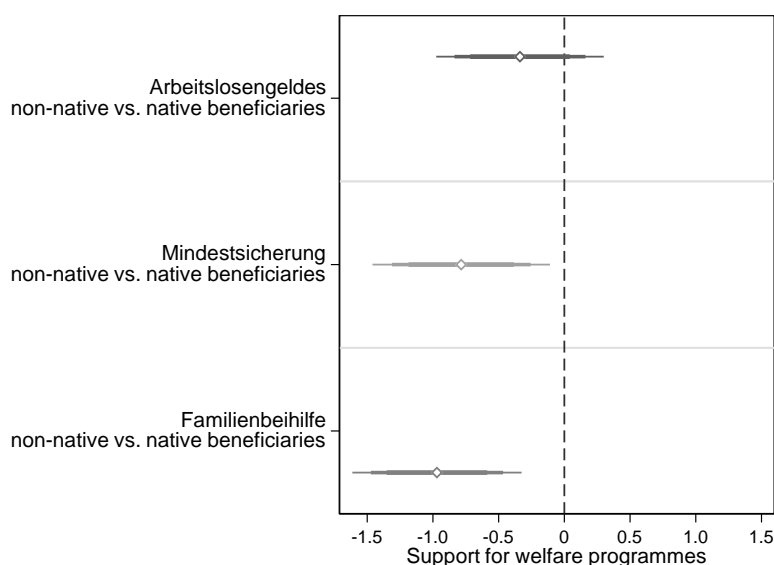
Selected results

First, the project aims to explain variation *across welfare programmes* and to find out whether the main redistributive justice principle underpinning each welfare programmes relates to a differentiation natives versus non-natives beneficiaries. Students of social solidarity identified three main principles of welfare redistribution that is merit, need and equality (Miller 1999). The underlying principle of redistributive justice is potentially related to the degree of in-out group differentiation (Reeskens & van Oorschot 2012). Merit programmes, like the Austrian *Arbeitslosengeld*, relate to the importance of economic duties and as such should be less related to in-out group conflict (Kootstra 2016). Universal benefits, like the *Familienbeihilfe*, and need-based programmes, like the *Mindestsicherung*, could be subject to intense in-out group conflict due to the refusal of equating native citizens to immigrants and due to the fact that immigrants are perceived as disproportionately gaining from the welfare state (Ennser-Jedenastik 2016).

Hypothesis 1: Support on need-based and universal benefit programmes will make the distinction between native and non-native beneficiaries clearer compared to merit based programmes.

To test for hypothesis 1 I run three simple regression models where the dependent variable is support for each of the welfare programmes separately. These models include a dummy variable to check whether the respondent received the vignette for native or non-native beneficiaries. Figure 1 shows the effect of this dummy variables on support for each welfare programmes. The figure shows that the effect of the dummy variable is negative but non-significant in the case of the merit programmes (*Arbeitslosengeld*) while its effect is negative and significant in the case of the two other welfare programmes. In line with Hypothesis 1, the results indicate that need-based and universal benefit programmes make the distinction between native and non-native beneficiaries clearer compared to merit based programmes.

Figure 1: Support for welfare programmes for native vs. non-native beneficiaries



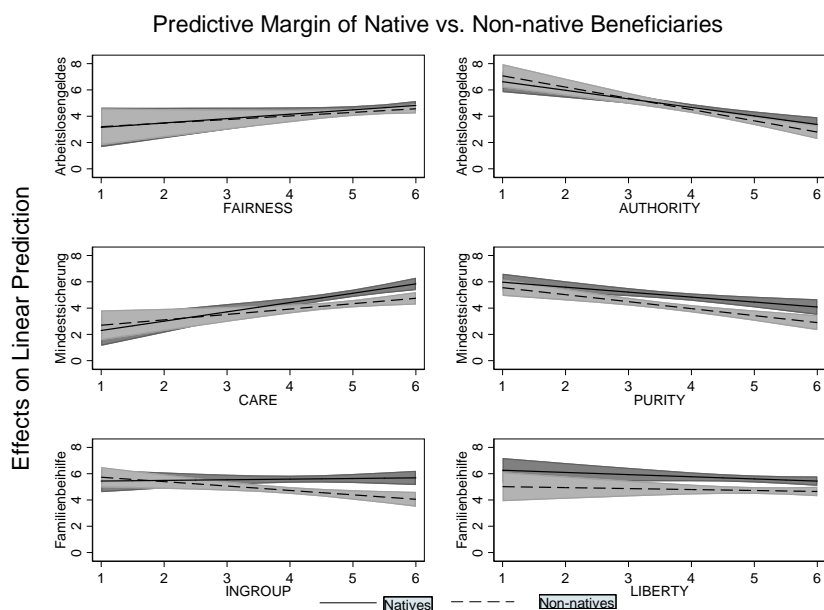
Notes: Based on linear regression models with N=603 and controlling for gender, age, education, income and number of children of respondents.

Second, the project aims to explain variation *across individuals* and to find out whether and how the moral values of citizens relate to the justice principles underpinning welfare programmes and the differentiation native versus non-native beneficiaries. Starting with Fairness, given that it is related to reciprocal altruism, I expect Fairness to have a positive effect on support for the merit principle for all regardless of ethnic origin (*Hypothesis 2a*). Authority is most often associated with political right-wing ideology (van Oorschot 2000), and was found to be related to more conditionality in general. Therefore, I expect individuals who score high on the Authority dimension to be less supportive of merit welfare programmes for all regardless of ethnic origin (*Hypothesis 2b*). Care relates to values such as compassion and need, I expect it to be positively related to support for means-tested welfare programmes for all regardless of ethnic provenience (*Hypothesis 2c*). The **Purity** foundation is shaped by the idea of contamination, which I hypothesize to be related to support for need programmes aimed at decreasing heterogeneity in society but only for natives since the type of “contamination” coming from immigrants cannot be easily reduced with welfare policy intervention (*Hypothesis 2d*). In-group foundation most clearly relates to differences between natives and immigrants on universal programmes that grant access to all (*Hypothesis 2e*). Finally, Liberty is related to equality for all citizens without differentiation and support for universal programmes (*Hypothesis 2f*).

To test for this second set of hypotheses, I run the same regression models as before but this time the dummy variable for type of beneficiaries is interacted with each of the moral foundations. Figure 2 shows the effect of the moral foundation (x-axis) separately for the beneficiary group. The figure provides support for Hypothesis 2a in that Fairness has a positive effect on support for the merit principle for all regardless of ethnic origin and support for *Hypothesis 2b* since Authority has a negative effect regardless of the beneficiary group. Figure 2 also shows support for Hypothesis 2c with Care positively related to support for means-tested welfare programmes regardless of ethnic provenience and for *Hypothesis 2d* since **Purity** is related to support for need programmes but less for non-natives. Finally the in-group foundation most clearly relates to differences between natives and immigrants

on universal programmes giving support to *Hypothesis 2e* while Liberty is related to equality for all citizens without differentiation hence giving support for *Hypothesis 2f*.

Figure 2: Average Marginal Effect of Native vs. Non-native Beneficiaries



Notes: Based on linear regression models with N=603 and controlling for gender, age, education, income and number of children of respondents.

References

- Ennsler-Jedenastik, L. (2016). A Welfare State for Whom? A Group-based Account of the Austrian Freedom Party's Social Policy Profile. *Swiss Political Science Review*, 22(3), 409-427.
- Haidt, J., & Graham, J. (2007). When morality opposes justice: Conservatives have moral intuitions that liberals may not recognize. *Social Justice Research*, 20(1), 98-116.
- Hainmueller, J., & Hopkins, D. J. (2014). Public attitudes toward immigration. *Annual Review of Political Science*, 17, 225-249.
- Kootstra, A. (2016). Deserving and undeserving welfare claimants in Britain and the Netherlands: Examining the role of ethnicity and migration status using a vignette experiment. *European Sociological Review*, 32(3), 325-338.
- Mewes J. & Mau, S (2012) Welfare chauvinism, class, and economic uncertainty. In: Svallfors S (ed.) *Contested Welfare States. Welfare Attitudes in Europe and Beyond*. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Miller D. (1999) *Principles of Social Justice*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Oorschot, W. V. (2000). Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public. *Policy & Politics*, 28(1), 33-48.
- Reeskens, T., & Van Oorschot, W. (2012). Disentangling the 'New Liberal Dilemma': On the relation between general welfare redistribution preferences and welfare chauvinism. *International Journal of Comparative Sociology*, 53(2), 120-139.
- Van Der Waal, J., De Koster, W., & Van Oorschot, W. (2013). Three worlds of welfare chauvinism? How welfare regimes affect support for distributing welfare to immigrants in Europe. *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice*, 15(2), 164-181.